

# Petition hilft bei „kreativen Überlegungen“

## Runder Tisch im Landratsamt Rastatt befasst sich mit der Zukunft der Ruine Hundseck

Von unserem Redaktionsmitglied  
Ulrich Coenen

**Ottersweier/Schwarzwaldhochstraße.** Kommt Bewegung in eine mittlerweile fast schon unendliche Geschichte? Die beiden mittelbadischen Landtagsabgeordneten Beate Böhlen (Grüne) und Tobias Wald (CDU) hatten zu einem „runden Tisch“ ins Landratsamt eingeladen, um über die Zukunft der Ruine Hundseck zu sprechen. Neben Landrat Jürgen Bäuerle und dem Ersten Landesbeamten Jörg Peter nahmen Oberbürgermeister Hubert Schnurr (Bühl), Bürgermeister Jürgen Pfetzer (Ottersweier) und der Rastatter Landtagsabgeordnete Ernst Kopp (SPD) daran teil.

Beate Böhlen ist Vorsitzende des Stuttgarter Petitionsausschusses, der sich gerade mit einer Petition von Jörg Schmidt, dem ehemaligen Vizepräsidenten des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim, beschäftigt. Dieser regt den Ab-

**Tobias Wald  
sieht einen „Königsweg“**

riss der Ruine an, wie dies auch in der Region gefordert wird (wir berichteten). Im Grunde sei diese Petition hilfreich, meint Böhlen. Sie verzögere den Abriss nicht, weil dieser noch nicht genehmigt sei. „Aber die Petition hilft uns bei kreativen Überlegungen“, erklärt sie. Den „runden Tisch“ bezeichnet Böhlen als Erfolg, der bei Bedarf fortgesetzt werde. „Wir sind auf einem guten Weg“, sagt sie.

Völlig unklar ist aber nach wie vor, wie der Abriss der Ruine finanziert werden soll. Diese befindet sich nach wie vor Eigentum von zwei türkischen Investoren, die mit dem bisherigen Teilabriss durch die Stadt Bühl als zuständiger Baurechtsbehörde nicht einverstanden sind. „Der Abriss der Ruine steht zur Zeit nicht im Raum“, konstatiert Böhlen. Dennoch ist für die Landtagsabgeord-



**HUNDSECK UND KEIN ENDE:** Landtagsabgeordnete und Verwaltungschefs erörtern die Lösungsmöglichkeiten an der Schwarzwaldhochstraße. Foto: Jörg Seiler

nete klar, dass der „Schandfleck beseitigt werden muss.“ Eine Kostenübernahme durch das Land sei aber schwierig. „Dafür gibt es keine rechtliche Grundlage“, sagt Böhlen. „Das wäre ein Präzedenzfall.“ In „irgendeiner Weise“ könne sie sich aber die Beteiligung des Landes durchaus vorstellen, vor allem vor dem Hintergrund, den Nord-schwarzwald für den Tourismus attraktiver zu machen. Details müssen laut

Böhlen zwischen den beteiligten Parteien noch geklärt werden.

Für ihren Kollegen Tobias Wald gibt es einen eindeutigen „Königsweg“. Er fordert, dass das Regierungspräsidium Karlsruhe die vom Landratsamt Rastatt gegen die Eigentümer verhängte Ersatzvornahme nicht aufheben soll. Dann müsste nach Einschätzung von Wald nämlich das Land die Abrisskosten übernehmen, weil die Eigentümer das

Geld mit großer Wahrscheinlichkeit nicht aufbringen können. Anschließend könne man auf das Grundstück eine Sicherungshypothek eintragen lassen.

„Der Petitionsausschuss sollte der Petition von Jörg Schmidt stattgeben und eine entsprechende Forderung an das Regierungspräsidium Karlsruhe richten“, sagt Wald. Falls sich diese Idee nicht verwirklichen lässt, hat Wald, der auch im Ottersweierer Gemeinderat sitzt, eine Alternative. „Bühl, Ottersweier und der Landkreis verzichten auf ihre bisher getätigten Investitionen, das Land finanziert den Abriss und Ottersweier ersteigert anschließend das Grundstück“, erklärt er. „Allerdings sind Zwangsversteigerung nicht unproblematisch. Was ist, wenn wieder einige meinen, dass sie dabei das große Geld verdienen können?“ Die jetzige Entwicklung des ehemals denkmalgeschützten Gebäudes habe sich niemand gewünscht, sagt Wald. „Die Lösung des Problems ist eine gesamtgesellschaftliche regionale Aufgabe.“

**Bühl (uc).** Auf eine baldige Entscheidung des Regierungspräsidiums Karlsruhe in Sachen Hundseck hofft Bühls Oberbürgermeister Hubert Schnurr.

Wie der CDU-Landtagsabgeordnete Tobias Wald wünscht er, dass das Regierungspräsidium Karlsruhe die vom Landratsamt Rastatt gegen die Eigentümer verhängte Ersatzvornahme nicht aufheben soll. „Dann käme endlich Bewegung in die Sache“, meint der OB. „Bei einer Zwangsversteigerung

### OB hofft auf Zwangsversteigerung

könnte dann die Gemeinde Ottersweier zum Zuge kommen.“

Auf eine solche Zwangsversteigerung hofft Schnurr aus gutem Grund. Rund 50 000 Euro hat die Stadt bisher in den Teilabriss des ehemaligen Kurhauses Hundseck und notwendige Sicherungsmaßnahmen investiert. Im Rah-

men der Verwaltungsgemeinschaft mit Ottersweier ist Bühl die zuständige Baurechtsbehörde. „Vielleicht bekommen wir von unseren Ausgaben noch einen Teil zurück“, meint der Oberbürgermeister.

Als Baurechtsbehörde sei es Aufgabe der Stadtverwaltung, die Ruine ständig im Auge zu behalten, berichtet Schnurr. „Wir müssen die Verkehrssicherheit gewährleisten und dafür sorgen, dass keine Gefahren entstehen.“